

Pluralisierung oder Polarisierung? Empirische Ergebnisse zur gesellschaftspolitischen Bedeutung von Familien- und Netzwerkbeziehungen in der Bundesrepublik

Von Dipl.-Soz. Martin Diewald, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

In meinem Beitrag möchte ich zunächst anhand verschiedener Umfragedaten untersuchen, inwiefern verschiedene Haushalts- und Lebensformen mit unterschiedlichen Graden der sozialen Einbindung und einem unterschiedlichen Ausmaß an verfügbarer sozialer Unterstützung verbunden sind. Es handelt sich um einen Beitrag zu der Frage, ob und in welcher Hinsicht ein „neuerlicher Individualisierungsschub“ und die daraus resultierende Pluralisierung von Lebensformen und Lebensstilen dazu führen, daß wir auf eine „autistische Gesellschaft“ zusteuern, in der verlässliche Sozialbeziehungen innerhalb und außerhalb von Familienverbänden eine Seltenheit werden (Hoffmann-Nowotny 1980, Beck 1986). Diese Diskussion wird hier auf die Frage zugespitzt, ob sich anhand verschiedener Lebensformen Teilgruppen innerhalb der Bevölkerung identifizieren lassen, in denen soziale Integration und informelle soziale Unterstützung für viele nicht mehr gegeben sind (Abschnitt 1). Aufgrund des verwendeten Datenmaterials steht dabei, im Rahmen der verschiedenen Aspekte des gesamten Unterstützungsgeschehens, vor allem der *Ressourcenaspekt* sozialer Unterstützung im Vordergrund.

Im Anschluß daran stelle ich die Frage, welchen Stellenwert formale Einrichtungen (staatliche Institutionen, Wohlfahrtsverbände, kommerzielle Einrichtungen) als Hilfeinstanz in der Wahrnehmung der Bürger einnehmen. Zum einen geht es darum, ob solche Einrichtungen tatsächlich als alternative Hilfemöglichkeit zu informellen Helfern in Betracht gezogen werden, wenn bei bestimmten Bedarfssituationen die informellen Unterstützungsressourcen nicht ausreichen (Abschnitt 2). Zum zweiten wird untersucht, welche gesellschaftspolitischen Zuständigkeiten für soziale Dienstleistungen wahrgenommen und gewünscht werden (Abschnitt 3). In beiden Fällen interessiert hier vor allem die Frage, inwiefern unterschiedliche Lebensformen und informelle Unterstützungsressourcen mit weiteren Differenzierungen in dieser Hinsicht einhergehen und so zu tiefergehenden Spaltungen innerhalb der Gesellschaft beitragen.

1. *Entsolidarisierung oder neue Formen der Solidarisierung?*

Betrachtet man die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen auf der Ebene von *Haushalts- und Familienformen*, so scheinen sie die pessimistische Einschätzung einer zunehmenden Vereinzelung und Erosion zwischenmenschlicher Bindungen eindeutig zu belegen. Ich nenne hier nur stichwortartig einige bekannte Trends:

- Nach Kalenderjahren ist ein starker *Rückgang der Heiratsneigung* zu beobachten, auch wenn diese Kurve in jüngster Zeit wieder abzuflachen scheint;

- ein ebenfalls starker *Rückgang der Geburten* und hier insbesondere von dritten und weiteren Kindern; aber auch kinderlose Ehen nehmen zu;
- eine *Verkleinerung* der durchschnittlichen *Haushaltsgröße*, wobei insbesondere Mehrgenerationenhaushalte und Haushalte mit vielen Kindern im Abnehmen begriffen sind, während die Einpersonenhaushalte stark zunehmen;
- eine sinkende Stabilität von Ehen und Familien als Gruppen: Lebenslange Partnerschaften sind weniger denn je die Regel, und nichteheliche Lebensgemeinschaften haben sich mittlerweile fest neben den Ehen etabliert. Die Wiederverheiratungsquote von Geschiedenen ist ebenfalls gesunken;
- eine *Verkleinerung der Verwandtenetzwerke*, was auf die Verringerung der Anzahl entfernter Verwandter sowie der Familienmitglieder in derselben Generation zurückzuführen ist (Hagestad 1986).

Die Aufzählung sozialstruktureller Veränderungen scheint außerdem eine Entsprechung in kulturellen Veränderungen zu finden, wie sie in den folgenden Thesen zum Ausdruck kommen:

- Glücksvorstellungen sind zunehmend individuenzentriert, gerichtet auf Erfolgs- und Aufstiegsorientierung im Beruf, auf materiellen Konsum, Sexualität und eine „anspruchsvolle“ Freizeitgestaltung (Beck-Gernsheim 1983, Schulz 1983).
- Eine überkomplex gewordene Umwelt ohne feste normative Verbindlichkeiten führt zur Überforderung der auf sich allein gestellten Individuen. Eine ängstliche Rückzugsmentalität, resultierend aus Vertrauensverlust und fehlenden Orientierungsmöglichkeiten, wird als „minimal self“ zum vorherrschenden Persönlichkeitstypus (Lasch 1984).
- Die Steuerung sozialer Beziehungen wird immer mehr durch ökonomische Rationalität, Objektivierung und Instrumentalisierung in der Perspektive des einzelnen Individuums bestimmt (Habermas 1981).
- Die institutionelle „Gegebenheit“ von Familie als quasi mehr oder weniger konkurrenzlose Lebensform scheint gebrochen, ohne daß sie von einer anderen Institution abgelöst würde. Es kommt zu einem ersatzlosen „Verlust an traditionellen Formen der Angstbewältigung“ (Beck 1986).
- Ein Verblässen universaler Normen und der Gültigkeit von Verhaltensmodellen führt zu einer Pluralisierung von möglichen Lebensentwürfen; auf der Berechenbarkeit der Lebensführung aufbauende Solidaritätsvorstellungen werden damit ausgehöhlt oder zumindest riskanter.

Allerdings lassen sich auch für eine optimistischere Einschätzung eine Reihe sowohl theoretischer wie empirischer Belege ins Feld führen. Ich möchte mit einigen theoretischen Überlegungen beginnen:

- Die *Theorie der sozialen Unterstützung* lenkt den Blick auf spezifische Unterstützungsformen, die sich am besten in langandauernden Partnerbeziehungen

bzw. im Rahmen einer familialen Lebensweise verwirklichen lassen: Geborgenheit im Sinne der Vermittlung eines Zusammengehörigkeitsgefühls sowie die Gelegenheit, für andere zu sorgen (Ehepartner in arbeitsteiliger Ehe, Sorge für Kinder). Beides wirkt identitätsstiftend und stärkt das Selbstwertgefühl. Wenn in dieser Hinsicht Familien auch vielleicht nicht die einzige Möglichkeit zur Bedürfnisbefriedigung darstellen, so können sie doch zumindest starke selektive Vorteile für sich in Anspruch nehmen.

- Auch der *Transaktionskosten-Ansatz* kann für die fortbestehende Attraktivität von stabilen Beziehungen und speziell von Familie bemüht werden. Allgemein entstehen Transaktionskosten dadurch, daß die Interessen der an einer Transaktion beteiligten Parteien nicht oder nur teilweise übereinstimmen. Das ist solange kein Problem, wie die Austauschgegenstände einen standardisierbaren Wert haben; je mehr sie jedoch nicht mehr unmittelbar gegeneinander aufrechenbar sind, desto mehr erfordert mangelndes Vertrauen zwischen den Beteiligten kostenträchtige Vorgehensweisen, um die Äquivalenz des Getauschten festzulegen (Deutschmann 1987). Unter diese Regel fallen auch alle nicht materiellen Formen der sozialen Unterstützung. Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen haben gegenüber allen anderen Beziehungen hier den Vorteil, daß sie langandauernd sind und nicht nur auf Emotionalität und Wahlentscheidungen beruhen. Sie sind damit berechenbarer, kontrollierbarer und bilden so eine bessere Basis für Vertrauensbildung auf längere Sicht, auch wenn Krisen in den Beziehungen auftreten („Blut ist dicker als Wasser“).
- Ähnlich kann aus der Sicht des *Reziprozitätsprinzips* argumentiert werden: „Aufgeschobene“ und eventuell „generalisierte“ Reziprozität (Wentowski 1981) sind schwer vorstellbar außerhalb eines Systems gegebener, d. h. prinzipiell langandauernder und damit kontrollierbarer Beziehungen. Die Bedingungen für einen langandauernden und berechenbaren Austausch innerhalb der Verwandtschaft haben sich durch die Verkleinerung des Verwandtensystems und die „Vertikalisierung der Mehrgenerationenfamilie“ sogar eher verbessert (Hagstad 1986). Sie führen dazu, daß infolge der längeren Lebenserwartung mehr – in der Regel besonders starke – Eltern-Kind-Beziehungen im Verwandtschaftssystem vorhanden sind, während die normativ weniger eindeutig definierten entfernteren Verwandten quantitativ eine geringe Rolle spielen.

Wie lassen sich diese Überlegungen jedoch mit den im vorigen Abschnitt angeführten Argumenten und empirischen Tendenzen vereinbaren? Zwei Einwände gegen den Aussagegehalt einiger der bisher erwähnten empirischen Daten möchte ich zum Ausgangspunkt nehmen. Zum einen sind für die Analyse der Familienentwicklung Kohortenanalysen angebrachter als der Vergleich von kalendarischen Querschnitten. Kohortenanalysen der Familienbildung (Schwarz 1988, Huinink 1989) machen deutlich, daß es einen im Zeitverlauf zwar kontinuierlichen Rückgang von Heiraten und Geburten gibt, daß dieser jedoch längst nicht so dramatisch verläuft, wie es kalendarische Querschnitte vermuten lassen. Vor allem erste Geburten sind vergleichsweise wenig zurückgegangen. Man kann daraus folgern, daß die Familienbil-

dung immer noch die mit Abstand vorherrschende biographische Entscheidung darstellt. Allerdings hat sich der Anteil der Lebenszeit verringert, der in familialen Haushalten verbracht wird.

Zum zweiten sind Haushaltsstrukturen allein kein ausreichender Indikator für Familienstrukturen – und noch weniger für soziale Isolation insgesamt und für das Vorhandensein bzw. die Qualität sozialer Unterstützung. Darauf verweisen die folgenden Auswertungen von fünf verschiedenen Datensätzen: den Wohlfahrtssurveys 1978, 1980, 1984 und 1988 sowie dem Allbus 1986 (jeweils zwischen 2 000 und 3 000 Befragte). Alle fünf Datensätze können als repräsentativ für die erwachsene Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland inklusive Westberlins gelten. Kleinere, für die Erhebung bei solchen Umfragen typische Verzerrungen wie die Unterrepräsentierung von jungen alleinwohnenden Ledigen und von Unterschichtangehörigen wurden mittels einer Gewichtung korrigiert. Mit diesen Datensätzen lassen sich zwar nicht alle Pluralisierungserscheinungen abbilden – es fehlen beispielsweise die Auswirkungen von mehreren aufeinanderfolgenden Ehen – aber sie erlauben doch eine Vielzahl von Aussagen über die Konsequenzen unterschiedlicher Lebensformen in verschiedenen Lebensphasen. Diese Konsequenzen wurden mit Hilfe einer Reihe von Indikatoren aus folgenden Bereichen untersucht: Kontakte zu Verwandten, Freunden und Nachbarn; für andere Personen außerhalb des eigenen Haushalts geleistete personenbezogene und güterbezogene Unterstützung; von anderen Personen zur Verfügung stehende soziale Unterstützung; sowie subjektive Bewertungen der zur Verfügung stehenden Unterstützung. Die im folgenden präsentierten Ergebnisse stellen nur einen Teilbereich der insgesamt vorgenommenen Analysen dar. Sie verweisen auf den Stellenwert sozialer Beziehungen und Unterstützungsleistungen für die Bewältigung von alltäglichen Widrigkeiten ebenso wie von besonderen Krisensituationen. Sie vernachlässigen allerdings den Aspekt der damit verbundenen Belastungen für die Spender wie für die Empfänger sozialer Unterstützung (Shumaker/Brownell 1984, Pfaff 1989).

a) Eheliche und nichteheliche Lebensgemeinschaften

Nichteheliche Lebensgemeinschaften haben sich mittlerweile neben den Ehen etablieren können und werden oft als Alternativen zu ihnen betrachtet. Hier sind jedoch zwei Einschränkungen angebracht. Zum einen gilt dies zumindest in der Bundesrepublik (bisher) nur für kinderlose Partnerschaften, und zum zweiten sind sie, wie Paneluntersuchungen belegen, zum allergrößten Teil Vorstufen zu einer Ehe und weniger eine dauerhafte Alternative zu ihr. Hinsichtlich des Kontakt- und Unterstützungsverhaltens bei Verwandten und Freunden ließen sich bei Kontrolle der Rahmenbedingungen auch keine signifikanten Unterschiede zwischen ehelichen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften feststellen. Das gleiche gilt für die jeweilige wechselseitige Bedeutung der Partner als Helfer füreinander (Diewald 1989).

b) Doppelerwerbstätigkeit von Ehepartnern

Die zunehmende berufliche Orientierung von Frauen wird mitunter als Bedrohung nicht nur für die Familienbildung angesehen, sondern auch für die Leistungsfähigkeit der Familie als Unterstützungssystem. Diese Vermutung kann so nicht bestätigt werden. Ehepaare, in denen beide Partner erwerbstätig sind, haben genauso häufige Verwandtschaftskontakte wie solche mit nichterwerbstätigen Ehefrauen. Allerdings sind Hilfeleistungen für andere Haushalte gerade im Bereich der traditionellen weiblichen Helferrollen eingeschränkt: die Kranken- und Behindertenbetreuung sowie die Kinderbetreuung vor allem dann, wenn sie nicht selbst Mütter kleinerer Kinder sind.

c) Unterschiedliche Lebensformen und -phasen

Der Vergleich von 16 unterschiedlichen Lebensformen anhand einer ganzen Reihe von Kontakt-, Unterstützungs- und Bewertungs-Indikatoren zeigt, daß die Haushaltssituation allein wenig über soziale Einbindung sowie über die Verfügbarkeit und Qualität sozialer Unterstützung aussagt (vgl. Tabellen 1 und 2). Vor allem die folgenden – hier nur verkürzt darstellbaren – Befunde erscheinen mir bemerkenswert:

- In einem erheblichen Umfang nennen Befragte einen Lebenspartner, der außerhalb des eigenen Haushalts lebt. Das betrifft immerhin ein Drittel der unter 35jährigen Alleinwohnenden, zwei Fünftel der Geschiedenen und fast die Hälfte der Alleinerziehenden. Auch bei den älteren Alleinwohnenden handelt es sich noch um immerhin ca. zehn Prozent der Befragten.
- Es sind fast immer die gleichen Lebensformen, die unter dem Durchschnitt in bezug auf die verschiedenen Kontakt- und Unterstützungsformen liegen: ältere alleinwohnende Ledige, ältere Paare ganz ohne Kinder sowie Verwitwete, und hier ebenfalls besonders solche ohne Kinder. In dieser Diagnose bestätigt sich die Vertikalisierung der Verwandtenbeziehungen: Mit zunehmendem Alter verabschieden sich Menschen ohne eigene Kinder mehr und mehr aus dem Verwandtschaftssystem, weil die Vorgängergeneration wegfällt und auch aus derselben Generation die Verwandten zunehmend wegsterben, während die Nachfolgeneration fehlt. Während die Unterschiede zwischen Familien und kinderlosen Lebensgemeinschaften in jungen Jahren eher gering sind, entwickeln sie sich im Alter also deutlich zuungunsten von Kinderlosigkeit auseinander. Und offensichtlich können ältere Paare und Verwitwete ohne Kinder deren fehlende Unterstützung in aller Regel nicht über andere Beziehungen kompensieren.
- Damit zusammenhängend: Detailliertere Analysen zeigen, daß erwachsene Kinder auch nach ihrem Auszug aus dem Elternhaus die mit Abstand wichtigste Hilfeinstanz für ihre Eltern darstellen. Bis zu einer Wegstrecke von unter einer halben Stunde werden die Eltern in nicht geringerem Umfang unterstützt wie Eltern, die im selben Haushalt bzw. selben Haus leben. Im Gegenteil scheint

Tabelle 1: Strukturelle Dimensionen sozialer Isolation in verschiedenen Lebensformen (Angaben in %)

	kein Lebenspartner ⁴⁾	keine Besuchskontakte mit Verwandten ⁵⁾	kein bester Freund ⁶⁾	Isolation Nachbarn ⁷⁾	kumulierte Isolation ⁸⁾
Familienhaushalte					
Paar ¹⁾ , jüngstes Kind unter 6 Jahre	0	11	17	32	5
Paar, jüngstes Kind 6–12 Jahre	0	12	28	27	10
Paar, jüngstes Kind 13–17 Jahre	0	11	26	30	8
Paar, jüngstes Kind über 17 Jahre	0	0	35	21	5
Ledig, bei Eltern wohnend	80	0	8	29	18
Alleinerziehende	56	10	23	43	27
Nichtfamiliale Haushalte					
Paar ohne Kind ²⁾ , 18–29 Jahre	0	9	13	49	2
Paar ohne Kind, 30–59 Jahre	0	23	25	35	10
Paar ohne Kind, 60 Jahre und älter	0	51	35	21	26
Paar, „leeres Nest“, unter 60 Jahre	0	7	33	31	7
Paar, „leeres Nest“, 60 Jahre und älter	0	11	40	26	13
Ledig, alleinwohnend, unter 35 Jahre	65	24	9	53	23
Ledig, alleinwohnend, 35 Jahre und älter	86	43	23	21	64
Getrennt oder geschieden					
Lebende, ohne Kind ³⁾	61	27	30	49	36
Verwitwete, mit Kind ²⁾	94	9	40	21	57
Verwitwete, ohne Kind ²⁾	83	38	39	23	66
Insgesamt	28	13	26	30	21

¹⁾ Die Bezeichnung „Paar“ bezieht sich auf Befragte, die – verheiratet oder unverheiratet – mit einem Lebenspartner zusammenwohnen. Sind Kinder vorhanden, handelt es sich fast ausschließlich um Ehepaare.

²⁾ Kind inner- oder außerhalb des eigenen Haushalts.

³⁾ Kind im Haushalt.

⁴⁾ Kein Lebenspartner: weder innerhalb noch außerhalb des eigenen Haushalts.

⁵⁾ Kein Besuchskontakt: Mit keinem Verwandten (außer Partner) mindestens monatlicher Besuchskontakt.

⁶⁾ Kein bester Freund/keine beste Freundin als „die Person, die Ihnen am nächsten steht“, außer Lebenspartner und Verwandten.

⁷⁾ Keine Nachbarn vorhanden, mit denen man sich gut versteht bzw. mit denen man Besuchskontakt hat.

⁸⁾ Kumulierte Isolation: mindestens zwei der folgenden drei Isolationsmerkmale: Keine Lebenspartner/kein(e) beste(r) Freund(in) vorhanden/kein mindestens monatlicher Besuchskontakt mit Verwandten.

Datenbasis: Allbus 1986 mit n = 2809 Personen (Lebenspartner, Freunde, Verwandte, kumulierte Isolation), Wohlfahrtssurvey 1984 mit n = 2067 Personen („Isolation Nachbarn“)

Tabelle 2: Erhaltene soziale Unterstützung und subjektive Einsamkeit in verschiedenen Lebensformen (Angaben in %)

	Wohnung tapezieren: Hilfe von Personen . . .		formale Instanzen	informelle Hilfe bei Nieder- geschlagenheit	subjektive Einsam- keit ⁴⁾
	innerhalb Haushalt	außerhalb Haushalt			
Familienhaushalte					
Paar ¹⁾ , jüngstes Kind unter 6 Jahre	84	8	9	95	11
Paar, jüngstes Kind 6–12 Jahre	80	5	15	93	9
Paar, jüngstes Kind 13–17 Jahre	79	7	14	91	11
Paar, jüngstes Kind über 17 Jahre	66	10	24	92	11
Ledig, bei Eltern wohnend	73	14	13	95	15
Alleinerziehende	63	20	18	67	18
Nichtfamiliale Haushalte					
Paar ohne Kind ²⁾ , 18–29 Jahre	84	14	2	95	19
Paar ohne Kind, 30–59 Jahre	75	4	21	99	15
Paar ohne Kind, 60 Jahre und älter	48	12	40	91	22
Paar, „leeres Nest“, unter 60 Jahre	71	14	16	91	13
Paar, „leeres Nest“, 60 Jahre und älter	42	21	37	87	11
Ledig, alleinwohnend, unter 35 Jahre	73	18	9	93	15
Ledig, alleinwohnend, 35 Jahre und älter	35	20	45	68	39
Getrennt oder geschieden					
Lebende, ohne Kind ³⁾	53	18	29	77	37
Verwitwete, mit Kind ²⁾	32	36	33	77	42
Verwitwete, ohne Kind ²⁾	17	19	64	76	50
Insgesamt	65	14	21	89	17

1) Befragte, die – verheiratet oder unverheiratet – mit einem Lebenspartner zusammenwohnen. Sind Kinder vorhanden, handelt es sich fast ausschließlich um Ehepaare.

2) Kind inner- oder außerhalb des eigenen Haushalts.

3) Kind im Haushalt.

4) Subjektive Einsamkeit: Antwortkategorie „stimmt ganz und gar“ oder „stimmt eher“ zu der Feststellung: „Ich fühle mich oft einsam“.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984 mit n = 2067 Personen (Wohnung tapezieren, subjektive Einsamkeit), Albus 1986 mit n = 2809 Personen (Hilfe bei Niedergeschlagenheit)

eine kleinere Entfernung von etwa fünfzehn Minuten für die Aufrechterhaltung einer tragfähigen Hilfebeziehung sogar günstiger zu sein als ein Leben in einem gemeinsamen Haushalt (Diewald 1989). Aufgrund der innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte sogar gesunkenen räumlichen Mobilität sind solche eher geringen Entfernungen keine Seltenheit.

- Junge alleinwohnende Ledige haben zwar einen etwas selteneren Verwandtenkontakt und auch eine geringere räumliche Konzentration von Verwandtenbeziehungen als junge Ehepaare und Familien, jedoch sind die Unterschiede nicht so ausgeprägt, wie man angesichts der öffentlichen Darstellung dieser Personengruppe vermuten könnte. Die Abkopplung ist längst nicht so dramatisch wie bei den kinderlos gebliebenen Alten, und vor allem ist sie reversibel, während sie bei den Alten schlicht aufgrund des Fehlens von Verwandtenbeziehungen überhaupt irreversibel ist. Die jungen alleinwohnenden Ledigen erweisen sich jedoch als mit die tatkräftigsten Helfer überhaupt, wenn es um die Unterstützung von Verwandten und Freunden geht.

d) Männer und Frauen

- Die traditionelle Aufgabenverteilung zwischen Männern und Frauen ist ungebrochen und hat sich auch zwischen 1980 und 1988 in keinsten Weise gelockert: Männer sind überwiegend für handwerkliche Arbeiten zuständig, während die Pflegeleistungen für Kinder und für alte Menschen sowie emotionale Unterstützung sehr viel mehr von Frauen als von Männern erbracht werden. Die Belastungen innerhalb des Systems informeller Unterstützung sind somit immer noch unterschiedlich verteilt.
- Wenn kein Lebenspartner vorhanden ist, können Frauen auf mehr Möglichkeiten der emotionalen Unterstützung zurückgreifen als Männer in entsprechenden Lebensformen. Frauen haben auch häufiger eine „beste Freundin“ bzw. (seltener) einen „besten Freund“ als Männer. Darin bestätigt sich indirekt die These, daß Männer innerhalb von Partnerbeziehungen stark von der Beziehungsarbeit ihrer Partnerinnen als „gate-keeper“ zu Verwandtschafts- und Freundeskreisen profitieren.

e) Zeitvergleich 1978 bis 1988

- Zwischen 1978 und 1988 ist die Häufigkeit von Freundschaftsbeziehungen signifikant gestiegen: Das Vorhandensein zumindest eines „wirklich engen“ Freundes bzw. einer Freundin außerhalb der Familie haben 1978 und 1984 73% der Befragten bejaht; 1988 war dieser Anteil auf 81% gestiegen. Träger dieses Anstiegs waren vor allem Frauen (im Vergleich zu Männern), verheiratete und verwitwete Menschen (im Vergleich zu ledigen) und Menschen aus der Arbeiterschicht (im Vergleich zu Mittel- und Oberschicht).
- Nicht nur Freundschaftsbeziehungen an sich, sondern auch Hilfeleistungen unter Freunden haben im gleichen Zeitraum deutlich zugenommen. Dies trifft

insbesondere für gelegentlich anfallende praktische Hilfen und mehr noch für die Betreuung kleiner Kinder und die Hilfe bei persönlichen Problemen zu (vgl. Schaubild 1). Währenddessen sind Hilfen unter Verwandten und unter Nachbarn auf etwa gleichem Niveau geblieben. Damit scheint sich die relative Bedeutung dieser drei Helfergruppen etwas verschoben zu haben. Vor zehn Jahren galt noch, daß – bis auf die Hilfe bei persönlichen Problemen – die Verwandten fast durchweg und mit deutlichem Abstand die wichtigste Hilfeinstanz außerhalb des eigenen Haushalts waren. Mit dieser Eindeutigkeit läßt sich das heute nicht mehr sagen. Freunde und Bekannte haben bei einigen Hilfen gleichgezogen oder in ihrer Bedeutung die Verwandten sogar überflügelt¹⁾. Um Mißverständnisse zu vermeiden: Unterstützung innerhalb des Verwandtschafts-systems ist nicht seltener geworden, sondern Hilfen unter Nichtverwandten sind mittlerweile ähnlich häufig. Und schließlich gibt es unter den hier untersuchten acht Unterstützungsarten eine bemerkenswerte Ausnahme, die diesem Trend nicht folgt: Die Betreuung von Kranken und Behinderten blieb auch während der letzten Jahre genauso eindeutig eine Domäne verwandtschaftlicher Hilfe wie vorher.

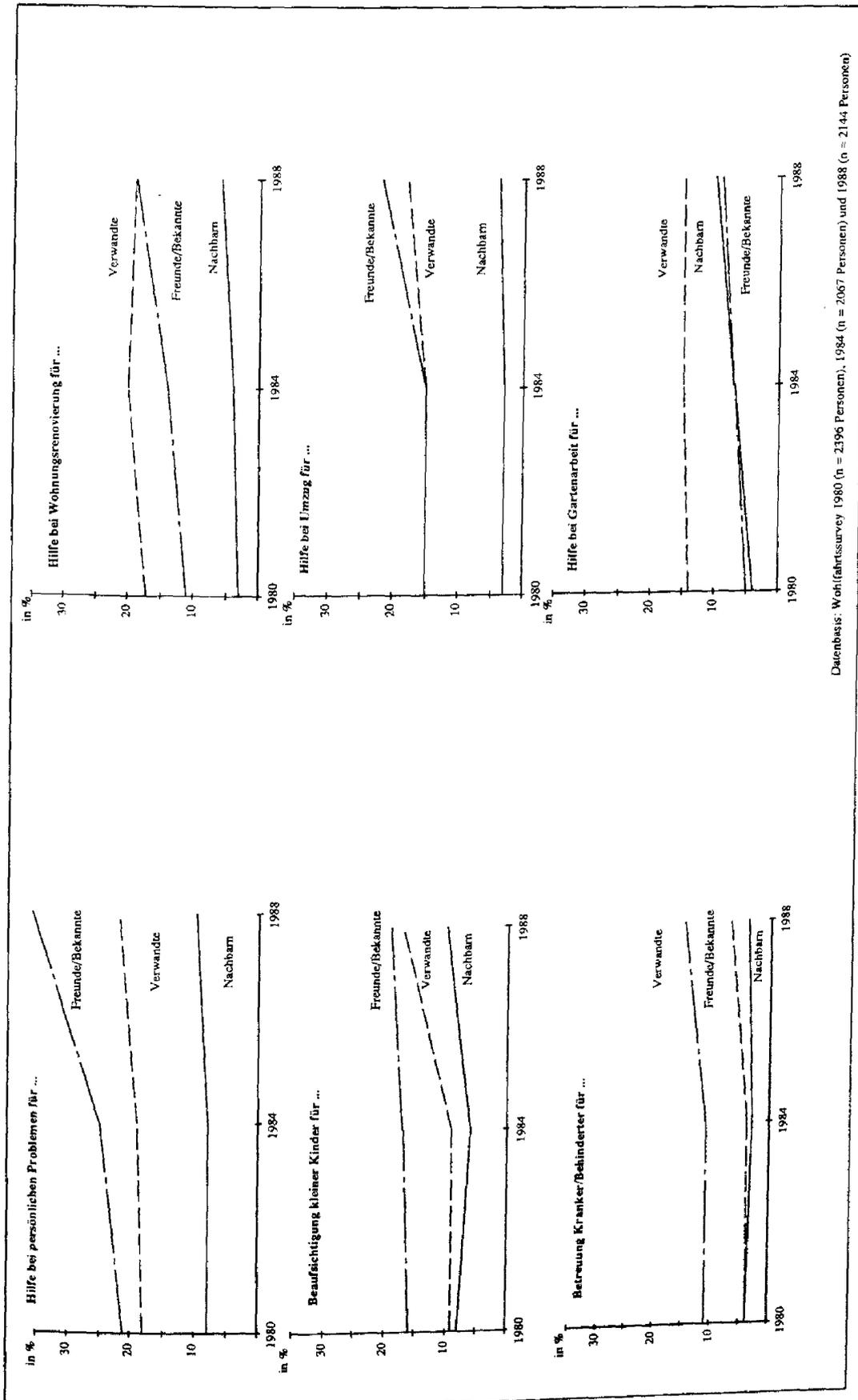
Wir finden also zweifelsohne eine Pluralisierung von Formen der Lebensgestaltung, wobei das Familienmodell jedoch immer noch die vorherrschende Entscheidung darstellt, wenn auch nicht mehr unbedingt fürs ganze Leben und ohne die frühere institutionelle Verbindlichkeit. Die Familie ist keine Selbstverständlichkeit mehr, aber das meistverbreitete Ziel der kollektiven Suche nach der wünschenswerten Lebensform. Zur Frage, wieso Familie trotz der beschriebenen Auflösungserscheinungen eine solche hohe Attraktivität behalten hat – auf der Einstellungs- wie auf der Verhaltensebene – lassen sich mit diesen Analysen einige Vermutungen anstellen. Ohne genau zu wissen, inwiefern sich solche Überlegungen im rationalen Kalkül der Wahl einer Lebensform tatsächlich niederschlagen, gilt doch folgendes: Familiäre Lebensformen bergen im Durchschnitt ein höheres Maß an sozialer Unterstützung und entsprechender Sicherheit in sich. Die Unterschiede sind allerdings in der Phase möglicher Familienbildungsprozesse, d. h. in verhältnismäßig jungen Jahren, ausgesprochen gering. Im Alter wird dann jedoch das Vorhandensein eines Partners und auch von Kindern zur entscheidenden Determinante dafür, ob informelle Unterstützung in ausreichendem Maße zur Verfügung steht oder Einsamkeit droht.

Freundschaftsbeziehungen nehmen zwar im Vergleich zu Verwandtenbeziehungen an Bedeutung zu; allerdings stellen sie deren Vorrangstellung als Hilfeinstanz offensichtlich dann nicht in Frage, wenn es um weitreichende, langandauernde und zeitintensive Verpflichtungen wie die Pflege geht.

¹⁾ Zu beachten ist allerdings, daß sich diese Angaben jeweils nur auf Personen außerhalb des eigenen Haushalts beziehen. Sofern innerhalb des befragten Haushalts zusätzliche Verwandte vorhanden sind (außer dem Ehepartner), bleibt deren Bedeutung in diesen Angaben unberücksichtigt.

Diwald, Pluralisierung oder Polarisierung?

Schaubild 1: Entwicklung ausgewählter Hilfeleistungen für Verwandte, Freunde/Bekannte und Nachbarn 1980 - 1988



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980 (n = 2396 Personen), 1984 (n = 2067 Personen) und 1988 (n = 2144 Personen)

Die Diagnose einer Pluralisierung von Lebensformen bei dennoch relativ stabiler Attraktivität von Ehe und Familie würde die vorgefundenen Ergebnisse jedoch nur unvollständig wiedergeben. Zwar kann man wohl *nicht* von einem durchgängigen Trend zur Vereinzelung sprechen, von einer Zerstörung familial-verwandtschaftlicher Solidaritäten. Und zwar erwiesen sich manche der einer Vereinzelung und Entsolidarisierung verdächtigen Lebensformen dann als eher unverdächtig, wie insbesondere das Beispiel der jüngeren Alleinwohnenden zeigt. Dennoch stellt sich dann, wenn wegen abnehmender normativer Verbindlichkeiten die Gemeinschaftsbildung zu einer – mehr als früher – individuell zu erbringenden Leistung wird, nicht nur die Frage nach verschiedenen Stilen, sondern auch die nach möglichen Verlierer- bzw. Risikogruppen. Hier ließen sich besonders die in Zukunft voraussichtlich noch anwachsenden Gruppen älterer lediger Personen, Verwitweter und kinderlos bleibender Ehepaare eindeutig als Risikogruppen identifizieren. Besonders im Hinblick auf sie muß der Befund der Pluralisierung um den der Polarisierung ergänzt werden. Hier dürfte also durchaus die *Gefahr bestehen, daß wir – ähnlich zur ökonomischen Situation – auch in dieser Hinsicht auf eine Art „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ zusteuern* (wenn man die in diesem Ausdruck enthaltene Quantifizierung nicht zu wörtlich nimmt) – mit einem kleineren Teil der Bevölkerung, der von sozialer Isolation, Einsamkeit und mangelnden Bewältigungsressourcen bedroht ist und sich in den genannten Lebensformen recht gut sozial verorten läßt.

2. Die Inanspruchnahme formaler Hilfeinstanzen

Was passiert nun, wenn informelle Hilfepotentiale im Bedarfsfall nicht ausreichend zur Verfügung stehen? Werden dann mehr oder weniger umstandslos wohlfahrtsstaatliche oder kommerzielle Einrichtungen in Anspruch genommen? Bei einigen Fragen nach potentiellen Unterstützungsmöglichkeiten im Allbus 1986 war – neben der Nennung verschiedener Netzwerkmitglieder und formaler Instanzen – zusätzlich die Antwortmöglichkeit „niemand“ möglich. Dadurch konnte geprüft werden, inwieweit in der Einschätzung der Befragten formale Instanzen tatsächlich als Alternative zu informellen Bewältigungsressourcen wahrgenommen werden. Drei Arten sozialer Unterstützung wurden daraufhin untersucht: Hilfe bei Niedergeschlagenheit, Hilfe bei Problemen mit dem Partner sowie Hilfe bei vorübergehender krankheitsbedingter Bettlägerigkeit. Von den Befragten konnten jeweils zwei Nennungen gemacht werden, nämlich an wen sie sich an erster Stelle bzw. an zweiter Stelle wenden würden.

Zunächst ist festzuhalten, daß es einen nicht unbeträchtlichen Teil der Bevölkerung gibt, der weder über angemessene informelle Unterstützungspotentiale verfügt noch bei derartigen Problemen auf formale Versorgungsangebote zurückgreifen möchte. Betrachtet man nur die ersten Nennungen, dann sind es immerhin 9% bei Partnerproblemen, 17% bei Niedergeschlagenheit, allerdings nur 1% bei krankheitsbedingter Bettlägerigkeit. Zieht man jedoch auch die zweiten Nennungen mit hinzu unter dem Aspekt, daß einem bei solchen Notlagen – informelle und formale Möglichkeiten einmal zusammengenommen – doch wenigstens zwei Möglichkeiten

der Hilfesuche einfallen sollten, erhöhen sich die „niemand“-Antworten auf beträchtliche 39% bei Partnerproblemen, 17% bei Niedergeschlagenheit und 7% bei Bettlägerigkeit. Damit sind die „niemand“-Antworten etwa zweimal so häufig wie die Nennungen formaler Instanzen!

Die Unterscheidung verschiedener Lebensformen (vgl. Tabellen 1 und 2) liefert wenig Anhaltspunkte dafür, wie sich diese Gruppe sozialstrukturell verorten läßt. Mehr Aufschluß bietet hier ein Logit-Modell, bei dem die drei Antwortmöglichkeiten (a) der verschiedenen professionellen Leistungsanbieter einerseits, (b) der informellen Netzwerkhilfe andererseits und (c) der „niemand“-Nennungen in zwei Kontrasten einander gegenübergestellt wurden (vgl. Tabelle 3). Der erste Kontrast dient zur Unterscheidung solcher Personen, die auf Netzwerkhilfe zurückgreifen können, von denen, die sich an formale Instanzen oder an niemanden wenden. Der zweite Kontrast – und auf den konzentrieren sich die folgenden Ausführungen – untersucht, welche Personengruppen sich dann, wenn informelle Hilfpotentiale offensichtlich nicht ausreichend vorhanden sind, an formale Instanzen wenden würden und welche nicht.

Die in Tabelle 3 aufgeführten Koeffizienten sind „konditionale Logit-Werte“, d. h. sie messen die relative Bedeutung einzelner Prädiktoren für die Wahrscheinlichkeit einer bestimmten Entscheidungsalternative (also zum Beispiel die Nennung formaler Instanzen) unter der Bedingung, daß ansonsten auf jeden Fall die andere Alternative (im Beispiel: „niemand“-Nennung) gewählt würde. Wie bei der linearen Regression kann der Einfluß eines Prädiktors sowohl positiv als auch negativ sein, und sein Einfluß ist um so größer, je höher der Betrag des Koeffizienten ist. Auch können die Koeffizienten über die T-Verteilung inferenzstatistisch abgesichert werden (in der Tabelle wird zwischen den drei gebräuchlichen Signifikanzniveaus unterschieden). Der Koeffizient kann allerdings nicht analog der linearen Regression im Sinne einer proportionalen Reduktion des Vorhersagefehlers interpretiert werden und ist insofern schwerer einzuordnen. Die Koeffizienten in der ersten Zeile beziehen sich lediglich auf das Verhältnis der beiden Entscheidungsalternativen in der Gesamtbevölkerung. So besagt der erste Koeffizient, daß bei der Hilfe bei Partnerproblemen die Nennungen von formalen Instanzen und „niemand“ zusammen immer noch signifikant seltener sind als die Nennungen von Netzwerkhilfe, und der zweite Koeffizient besagt, daß die Nennung formaler Instanzen signifikant seltener ist als die Nennung von „niemand“. Die Logit-Analyse gehört zur Gruppe der Maximum-Likelihood-Modelle; Grundlage der Berechnungen ist die mehrdimensionale Kreuztabelle aus allen beteiligten Variablen²⁾.

- Jüngere Menschen greifen besonders selten auf professionelle Hilfe zurück, wenn informelle Helfer nicht vorhanden sind oder sonstwie nicht in Frage kommen. Dieser Alterseffekt ist besonders bei der Hilfe bei Bettlägerigkeit ausgeprägt.
- Es sind nicht so sehr die sozial isolierten Menschen – vor allem solche ohne enge Verwandtenbeziehungen –, die sich gegebenenfalls auch nicht an professionelle Helfer wenden wollen. Professionelle Hilfeangebote werden vor allem dann nicht wahrgenommen, wenn soziale Beziehungen zwar vorhanden sind, jedoch wohl nicht die soziale Unterstützung vermitteln, die man vielleicht von ihnen erwarten könnte. Dies gilt insbesondere für die Partnerbeziehung.

²⁾ Für einen Überblick siehe *Amemiya* (1981).

Tabelle 3: Einflussfaktoren für die Nennung von Netzwerkhilfe, von formalen Instanzen oder von „niemand“ bei verschiedenen Formen der sozialen Unterstützung (Ergebnisse einer Logit-Analyse)

Unterstützungsform: Kontraste:	Partnerprobleme		Niedergeschlagenheit		Bettlägerigkeit	
	Formal/ niemand vs. Netzwerk	Formal vs. niemand	Formal/ niemand vs. Netzwerk	Formal vs. niemand	Formal/ niemand vs. Netzwerk	Formal vs. niemand
<i>Alter</i>)						
18–29	-0,384 ^{xxx}	-0,058	0,280 ^{xxx}	-0,259 ^{xxx}	-0,444 ^{xxx}	-0,505 ^{xx}
30–44	0,036 ^x	0,243 ^{xxx}	0,033	0,072	-0,071	-0,191
45–59	0,090 ^{xxx}	0,130	0,078 ^{xxx}	0,214 ^{xxx}	0,060	0,059
60–74	0,158 ^{xxx}	0,057	0,106 ^{xxx}	0,068 ^{xxx}	0,164 ^{xxx}	0,246 ^{xxx}
<i>Bildung</i> ²⁾)						
Hauptschule	-0,019	-0,114 ^{xxx}	-0,024	-0,026	-0,088	-0,150 ^{xx}
Mittlere Reise	0,033	0,015	0,066 ^{xxx}	-0,019	-0,023	0,017
Immobilienbesitz	-0,042 ^{xxx}	0,082 ^{xxx}	-0,047 ^{xxx}	0,017	-0,033 ^x	0,134 [*]
Lebenspartner vorhanden	-0,038 ^{xxx}	-0,227 ^{xxx}	0,035 ^{xxx}	-0,119 ^{xxx}	0,142 ^{xxx}	-0,077
<i>Anzahl Eltern/Kind- Beziehungen</i> ³⁾)						
0	0,183 ^{xxx}	0,163 ^{xxx}	0,184 ^{xxx}	-0,004	0,254 ^{xxx}	-0,042
1,2	-0,087 ^{xxx}	-0,036	-0,090 ^{xxx}	-0,059	-0,047	0,062
Kontakt mit bestem Freund/ bester Freundin ⁴⁾)	-0,143 ^{xxx}	0,025	-0,124 ^{xxx}	0,135 ^{xxx}	-0,153 ^{xxx}	0,029

1) Referenzkategorie: 75 Jahre und älter.

2) Referenzkategorie: Fachabitur oder Abitur.

3) Referenzkategorie: 3 und mehr Eltern/Kind-Beziehungen.

4) Bester Freund/beste Freundin vorhanden und mindestens monatlicher Besuchskontakt mit ihm/ibr. Signifikanzniveaus auf der Basis der t-Werte: ^{*} = 5%-Niveau, ^{xx} = 1%-Niveau, ^{xxx} = 0,1%-Niveau.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984 mit n = 2067 Personen

- Personen mit vergleichsweise niedriger schulischer Bildung (höchstens Volksschulabschluß) haben eine signifikant geringere Neigung, sich an professionelle Helfer zu wenden, wenn informelle Hilfpotentiale nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. Anders ausgedrückt: Bei Personen mit niedriger Schulbildung können wohlfahrtsstaatliche Institutionen (als Hauptanbieter professioneller Hilfe) offenbar in geringerem Maße kompensatorisch wirken als bei Personen mit mittlerer und höherer Schulbildung. *Tendenziell vorhandene schichtspezifische Unterschiede in der Verfügbarkeit von Netzwerkressourcen* (Personen mit überdurchschnittlichen materiellen und Bildungsressourcen haben im Durchschnitt auch die besseren informellen Unterstützungsressourcen (Diewald 1986)) *werden also nicht ausgeglichen, sondern sie wiederholen und potenzieren sich im Bereich der professionellen Versorgungssysteme.*

3. Wahrgenommene und gewünschte Zuständigkeiten für soziale Dienste

Die dargestellten Polarisierungstendenzen bezüglich der Verfügbarkeit informeller und zum Teil auch professioneller Hilfe wären noch prekärer, wenn sie auch mit entsprechenden Differenzierungen auf der Ebene gesellschaftspolitischer Einstellungen einhergehen würden. Diese Frage habe ich (mit den Daten des Wohlfahrtsurvey 1984) für die wahrgenommene sowie für die gewünschte gesellschaftspolitische Zuständigkeit in zwei Bereichen untersucht: „Betreuung und Hilfe für alte Menschen“ sowie „Betreuung und Hilfe für kranke Menschen“. Es gab jeweils drei Antwortmöglichkeiten, wobei Mehrfachnennungen nicht zulässig waren: (1) der Staat, (2) gesellschaftliche Gruppen und Einrichtungen (Wohlfahrtsverbände, Kirche u. ä.) und (3) private Kräfte in Form informeller Selbsthilfe oder Kauf der benötigten Leistungen auf dem Markt³).

Insgesamt wird jeweils der Staat am häufigsten in der Verantwortung gewünscht (49% bzw. 52%), die „gesellschaftlichen Gruppen und Einrichtungen“ allerdings nicht sehr viel seltener (beide Male 41%), während die dritte Option eher selten genannt wird (10% bzw. 7%). Die Wahrnehmung, wer jeweils zur Zeit tatsächlich zuständig ist, weicht davon nur geringfügig ab. Betrachtet man wieder die verschiedenen Lebensformen (vgl. Tabellen 1 und 2), dann verschiebt sich diese Rangfolge nur manchmal zwischen den beiden ersten im Gesamtdurchschnitt näher beieinander liegenden Alternativen, während die „privaten Kräfte“ nirgends über eine Zustimmung von mehr als 15% hinauskommen. Besonders selten werden letztere jedoch von Verwitweten sowie von sehr alten Menschen (über 75 Jahre) genannt, also den Gruppen, deren Versorgung hier primär zur Diskussion steht. Wie die Logit-Analysen in Tabelle 4 zeigen⁴), variieren die gewünschten Zuständigkeiten sonst nur wenig zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Allerdings lassen sich einige signifikante, wenn auch nicht sehr starke Variationen festhalten:

³) Dadurch, daß in der dritten Antwortmöglichkeit informelle und professionelle Hilfe zusammengefaßt waren, konnte die Option der informellen Hilfe leider nicht als eigenständige Möglichkeit erfaßt werden.

⁴) Zur Interpretation der Tabelle vgl. die Anmerkungen zur Logit-Analyse bei Tabelle 3.

Tabelle 4: Determinanten der gewünschten Zuständigkeit für die Betreuung von Alten und Kranken (Logit-Modell)

	Gewünschte Zuständigkeit für . . . ¹⁾			
	alte Menschen Staat vs. Gruppen	private Kräfte vs. Gruppen, Staat	kranke Menschen Staat vs. Gruppen	private Kräfte vs. Gruppen, Staat
Alter ²⁾	0,201 ^{xxx}	-0,034	0,156 ^{xxx}	0,191
Lebenspartner vorhanden	-0,049	0,032	0,021	0,115
Kinder vorhanden ³⁾	-0,044	-0,083	-0,114 ^x	-0,084
Bildung⁴⁾				
höchstens Volksschule	0,159 ^{xxx}	-0,003	0,165 ^y	-0,195
Mittlere Reife	-0,118 ^{xx}	0,091 ^{xx}	-0,093	0,065
Immobilienbesitz	-0,011	-0,051	-0,054 ^{xx}	0,010
Alter x Partner	0,097	-0,088	-0,307 ^{xxx}	0,475 ^{xxx}
Alter x Kind	0,080	-0,032	-0,045	-0,068
Alter x Immobilienbesitz	0,008	-0,111 ^x	0,016	-0,120 ^x
Krankheit	0,010	-0,218 ^{xx}	0,022	-0,259 ^{xx}

¹⁾ Frage: Wer sollte Ihrer Meinung nach für . . . in erster Linie zuständig sein?

u. a.: - Betreuung und Hilfe für alte Menschen

- Betreuung und Hilfe für kranke Menschen

Antwortmöglichkeiten:

1. Der Staat (dazu gehören z. B. Bund, Länder und Gemeinden; Regierung, Gesetzgeber, staatliche und staatlich kontrollierte Einrichtungen, Ämter und Behörden).
2. Gesellschaftliche Gruppen und Einrichtungen (dazu gehören z. B.: Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Wohlfahrtsverbände, Bürgerinitiativen, Kirchen, Massenmedien)

3. Private Kräfte (dazu gehören z. B.: Marktwirtschaft, private Unternehmen, Privatkreis, jeder selbst).

²⁾ Dichotomisiert in jünger als 55 Jahre und 55 Jahre und älter.

³⁾ Kinder jeden Alters, in- oder außerhalb des eigenen Haushalts.

⁴⁾ Referenzkategorie: Fachabitur, Abitur.

⁵⁾ Entweder behindert bzw. dauerhaft pflegebedürftig oder regelmäßiger Arztbesuch und regelmäßige Medikamenteneinnahme.

Signifikanzniveau auf der Basis der t-Werte: ^x = 5 %-Niveau, ^{xx} = 1 %-Niveau, ^{xxx} = 0,1 %-Niveau.

Datenbasis: Wahlfratssurvey 1984 mit n = 2067 Personen.

a) *Staat versus gesellschaftliche Gruppen und Einrichtungen*

Im allgemeinen wird eine staatliche Zuständigkeit am stärksten von älteren Menschen gewünscht, also den tatsächlich oder potentiell zu Versorgenden. Haben diese allerdings Kinder und auch regelmäßigen Kontakt mit ihnen, wird im Vergleich zu ihren kinderlosen Altersgenossen der Staat seltener in der Verantwortung gewünscht. Das gleiche gilt für alte Menschen, die noch mit einem Partner zusammenleben. Schließlich schlagen neben den sozialen auch die materiellen und die Bildungsressourcen zu Buche: Personen mit niedriger schulischer Bildung sowie Menschen ohne Vermögen, beispielsweise in Form von Immobilienbesitz, wünschen sich ebenfalls den Staat etwas häufiger in der Verantwortung als andere. Zusammenfassend ergibt dies ein Bild einer dominierenden Zuständigkeitszuschreibung an den Staat vor allem bei den Personen, die über nur unterdurchschnittliche Ressourcen verfügen und bei denen schon deshalb ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis vermutet werden kann.

b) *Staat oder gesellschaftliche Gruppen/Einrichtungen versus private Kräfte*

Umgekehrt scheint es jedoch nicht so zu sein, daß Personen mit überdurchschnittlichen Ressourcen verstärkt auf private Kräfte als Versorgungsträger setzen. Hier lassen sich kaum signifikante Differenzierungen feststellen. Akute Betroffenheit (Krankheit) sowie fehlende informelle (Partnerbeziehung) und materielle (Immobilienbesitz) Ressourcen scheinen jedoch die Neigung zu privaten Kräften als Versorgungsträger noch zusätzlich zu mindern. *Die insgesamt vorgefundenen Unterschiede rechtfertigen es jedoch weder hinsichtlich ihres Ausmaßes noch hinsichtlich ihrer sozialstrukturellen Verbreitung, von entsprechenden Pluralisierungs- oder Polarisierungstendenzen bezüglich der Verantwortungszuschreibung für soziale Aufgaben zu sprechen.*

4. *Fazit*

Gesellschaftspolitik kann auf die beschriebene Entwicklung einer gleichzeitigen Pluralisierung und Polarisierung informeller wie formaler Hilfpotentiale mit zwei sich einander ergänzenden Strategien antworten: Zum einen mit einer Stärkung der Attraktivität und Belastungsfähigkeit von Familie als Versorgungsgemeinschaft, indem die erheblichen Opportunitätskosten des Kinderhabens reduziert und die mit der Unterstützungsbereitschaft der Familienmitglieder verbundenen Belastungen konterkariert werden (Kaufmann 1988). Dies betrifft im Rahmen der vorherrschenden Arbeitsteilung innerhalb informeller Netzwerke vor allem die Optionen von Frauen (Diewald 1986).

Eine solche Strategie alleine würde jedoch den beschriebenen Polarisierungstendenzen nicht ausreichend entgegenwirken. Will man den nicht in Familien eingebundenen Teil der – insbesondere älteren – Bevölkerung nicht einfach „vergessen“ oder allein der professionellen Fürsorge überlassen, müssen zum zweiten innovative Lösungen gefunden werden, um die informelle Solidarität im Bereich *nichtfamilia-*

ler Beziehungen zu stärken und gegebenenfalls zusätzlich zu belohnen. Konzeptuell besteht die diesbezügliche Herausforderung im (Er-)Finden von Lösungen, mit denen die Erwartbarkeit von Hilfe und die Möglichkeit „aufgeschobener“ Reziprozität, wie sie innerhalb des Verwandtschaftssystems durch die Gegebenheit und Dauerhaftigkeit der Beziehungen gestützt wird, durch flankierende institutionelle Regelungen und Anreize für andere Sozialbeziehungen „nachgebaut“ werden können.

Allerdings besteht bei solchen Versuchen auch die Gefahr, die Differenziertheit sozialer Netzwerke im Hinblick auf die Leistung verschiedener Formen der sozialen Unterstützung aufzuheben und damit eine Voraussetzung für deren Leistungsfähigkeit insgesamt zu untergraben. Die Vermittlung eines Geborgenheitsgefühls beispielsweise stellt zum Teil andere Anforderungen an die Ausgestaltung von Sozialbeziehungen als die Vermittlung sozialer Anerkennung, die Versorgung mit Informationen oder handwerkliche Hilfe. Versucht man die Austauschmuster in den verschiedenen Teilsegmenten des sozialen Netzwerks zu vereinheitlichen, könnte man also bald an innere Grenzen der Leistungsfähigkeit informeller Unterstützungsnetze geraten.

Zumindest was die Betreuung von alten und kranken Menschen angeht, kann der Wohlfahrtsstaat auf eine hohe und sozialstrukturell nur wenig streuende Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung bauen. Die geringen Differenzierungen in dieser Hinsicht rechtfertigen es nicht, von diesbezüglich unterschiedlichen „Kulturen“ oder normativen Spaltungen innerhalb der Gesellschaft zu sprechen. Es scheint in der Tat so zu sein, daß staatliche Sicherungssysteme einem *allgemeinen* „Sicherungsbedürfnisdruck“ entsprechen und eine *allgemein* akzeptierte und geforderte „institutionelle Voraussetzung von Modernität“ sind (Zapf u. a. 1987: 138). Allerdings offenbart sich bei der möglichen Inanspruchnahme professioneller Leistungsangebote eine weitere Polarisierungsgefahr: Fallen informelle Helfer aus, greifen anscheinend längst nicht alle Betroffenen auf entsprechende Leistungsangebote des Wohlfahrtsstaates oder des Marktes zurück. Es sind gerade die Gruppen mit geringen Ressourcen und Kompetenzen, die davon am wenigsten erreicht werden – und das sind paradoxerweise gerade auch diejenigen, die am häufigsten staatliche Zuständigkeiten wünschen.

Literatur

- Amemiya*, T., 1981: Qualitative Response Models: A Survey. *Journal of Economic Literature* 19, S. 1483–1536.
- Beck*, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft, Frankfurt.
- Beck-Gernsheim*, Elisabeth, 1983: Familie im Modernisierungsprozeß. In: Bolte, K. M.; Treutner, E. (Hg.): Subjektorientierte Arbeits- und Berufssoziologie, Frankfurt/New York, S. 270–292.
- Deutschmann*, C., 1987: Der „Betriebsclan“. Der japanische Organisationstypus als Herausforderung an die soziologische Modernisierungstheorie. *Soziale Welt* 38, S. 133–147.

- Diewald, Martin*, 1989: Der Wandel von Lebensformen und seine Folgen für die soziale Integration. WZB papers P 89-104, Wissenschaftszentrum Berlin.
- Diewald, Martin*, 1986: Sozialkontakte und Hilfebeziehungen in informellen Netzwerken, in: Glatzer, W.; Berger-Schmitt, R. (Hg.): Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe, Frankfurt/New York, S. 51-84.
- Habermas, Jürgen*, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt.
- Hagestad, G. O.*, 1986: The family: women and grandparents as kin-keeper. In: A. Pifer; L. Bronte (Hg.): Our aging society. Paradox and promise, New York, S. 141-160.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim*, 1980: Auf dem Wege zur autistischen Gesellschaft? In: Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (Hg.): Eheschließung und Familienbildung heute, Wiesbaden, S. 161-172.
- Huinink, J.*, 1989: Familienentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Vortrag auf der Tagung „Berufsverlauf und Familienentwicklung von Frauen“ des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung.
- Kaufmann, Franz-Xaver*, 1988: Sozialpolitik und Familie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament) B 13/88, S. 34-43.
- Lasch, Ch.*, 1984: The minimal self, London.
- Pfaff, H.*, 1989: Streßbewältigung und soziale Unterstützung. Zur sozialen Regulierung des individuellen Wohlbefindens, Weinheim.
- Schwarz, K.*, 1988: Familienpolitik und demographische Entwicklung in den Bundesländern nach dem 2. Weltkrieg, Band 1 und 2, Wiesbaden.
- Schulz, W.*, 1983: Von der Institution Familie zu den Teilbeziehungen zwischen Mann, Frau und Kind. Zeitschrift für Soziologie 12, S. 401-419.
- Shumaker, S. A.; Brownell, A.*, 1984: Toward a Theory of Social Support: Closing Conceptual Gaps. Journal of Social Issues 48, 4, S. 11-36.
- Wentowski, G. J.*, 1981: Reciprocity and the coping strategies for older people: cultural dimensions of network building. The Gerontologist 21, S. 600-609.
- Zapf, Wolfgang u. a.*, 1987: Individualisierung und Sicherheit, München.

Unternehmerinteressen im Sozialstaat

Von Prof. Dr. Heiner Ganßmann, Institut für Soziologie, Freie Universität Berlin

Less bread! More taxes! and then all the people cheered again ... (Lewis Carroll, Sylvie and Bruno)

Einleitung¹⁾

Die Selbstverständlichkeit, mit der es in vielen Diskussionen als ausgemacht gilt, daß der Sozialstaat *nicht* im Interesse der Unternehmer liege, ist erstaunlich. Denn

¹⁾ Der größte Teil dieses Aufsatzes wurde während eines Aufenthaltes in Louvain-la-Neuve im Arbeitsbereich „Economie et Societé“ verfaßt. Michel de Vroey und Philippe van Parijs bin ich für Hinweise und Diskussionen besonders dankbar.